

Beschlussantrag

der Gemeinderätin Bettina Emmerling und weiterer Gemeinderatsabgeordneter betreffend partizipative Budgeterstellung

**eingebraucht im Zuge der Debatte über Post Nr. 1 (Voranschlag 2018, Spezialdebatte
Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung) in der
29. Sitzung des Wiener Gemeinderats am 21.11. 2017**

Der klassische Weg der Budgeterstellung - der Magistrat bereitet vor, die Stadtregierung entscheidet - erscheint angesichts der neuen technologischen Möglichkeiten und des Wunsches vieler Bürger_innen nach mehr Mitsprache als nicht mehr zeitgemäß. Die Budgeterstellung ist die Grundlage des politischen Handlungsrahmens im kommenden Jahr. Im Sinne einer ernst gemeinten Ausweitung der Elemente partizipativer Politik ist es angebracht, die Bürger_innen nicht nur über die Farbe einer neuen U-Bahn-Linie zu befragen, sondern auch bei der Frage einzubinden, wofür ihr Steuergeld ausgegeben werden sollte und wo die Stadt auch noch sparen könnte. Bekanntes das Regierungsprogramm von Rot-Grün I noch zu mehr Partizipation in der Haushaltsplanung (ohne jedoch konkrete Schritte gesetzt zu haben) fehlt im Programm von Rot-Grün II das Bekenntnis zu einem Bürger_innenhaushalt vollständig.

Mehrere hundert Gemeinden in ganz Europa sehen bereits ein Mitgestalten der Bürger_innen beim Budget vor. Darunter befinden sich auch Großstädte wie Paris, Stuttgart oder Köln. Die Vorteile eines Bürger_innenhaushalts liegen auf der Hand: Entscheidungen sind transparenter, die Information der Bürger_innen muss umfassender und aktiver angelegt werden, die Legitimation von Beschlüssen wird erhöht und die "Weisheit der Vielen" wird abgeschöpft. Unterm Strich bleibt eine Bürgerschaft, die sich stärker mit der Stadt und ihrer Politik identifiziert.

Als partizipatives Instrument steht beim Bürger_innenhaushalt das Einbringen und Diskutieren von Ideen im Vordergrund. Die Politik ist in diesem Zusammenhang zur Rechenschaft über die weitere Umsetzung von Ideen mit besonders großer Resonanz verpflichtet, behält aber die letztendliche Entscheidung sowie die Verantwortung über das Gemeindebudget.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs.4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Wiener Gemeinderat fordert die Stadtregierung und insbesondere die für BürgerInnenbeteiligung bzw. Finanzen zuständigen Stadträtinnen dazu auf, künftige Budgets unter Einbindung der Bürger_innen zu erstellen. Um den entsprechenden Prozess zu konzipieren wird eine Arbeitsgruppe "Wiener Bürger_innenhaushalt" eingesetzt, der neben Vertreter_innen der Stadtregierung, der im Gemeinderat vertretenen Parteien und des Magistrats auch internationale Expert_innen im Bereich der partizipativen Budgeterstellung sowie Vertreter_innen der Zivilgesellschaft angehören.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 21.11.2017

Handwritten signatures of Bettina Emmerling and other council members.